



## **Antrag**

der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

### **Gemeinsamer Bevölkerungsschutz durch Land und Bund**

Der Landtag wolle beschließen:

Für Ausnahmesituationen, wie Sturmfluten, Hochwasser, Hitzewellen, Waldbrände oder Stromausfälle brauchen wir einen gut ausgestatteten Bevölkerungsschutz. Zusätzlich hat sich die sicherheitspolitische Lage durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine grundlegend geändert.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bekennt sich daher zur 2021 beschlossenen Bevölkerungsschutzstrategie des Landes Schleswig-Holstein. Zentrales Element ist dabei der 10-Punkte-Plan Bevölkerungsschutz für Schleswig-Holstein, mit dem ein tiefgreifender Wandel im Bevölkerungsschutz angestoßen wurde und dessen Umsetzung durch den Schleswig-Holsteinischen Landtag ermöglicht wird. Die damit einhergehenden Investitionen werden einen wichtigen Beitrag zur Resilienz des Landes leisten.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bittet ferner die Landesregierung, sich auf Bundesebene für eine weitere Stärkung des Bevölkerungs- und Zivilschutzes einzusetzen und gemeinsam mit dem Bund, das Engagement für den Bevölkerungs- und Zivilschutz abzustimmen. Insbesondere ist notwendig, dass neben dem finanziellen Engagement der Länder der Bund für die Stärkung des Bevölkerungsschutzes Mittel von rund 10 Milliarden Euro innerhalb der nächsten zehn Jahre für ein „Stärkungspaket Bevölkerungsschutz“ bereitstellt. Ziel muss es sein, die erforderlichen Strukturen zu schaffen, um der Bevölkerung bei länderübergreifenden Lagen einen adäquaten Schutz bieten zu können.

Der Landtag begrüßt insofern, dass sich die Landesregierung um eine Kooperation mit dem THW-Landesverband HH/MV/SH „Küste“ bei der Lagerhaltung bemüht.

Weiterhin spricht sich der Landtag nachdrücklich gegenüber dem Bund dafür aus, dass eines von acht geplanten Logistikzentren des Bundes in Schleswig-Holstein errichtet sowie eine der geplanten „Labore 5000“-Einheiten in Schleswig-Holstein stationiert werden sollte.

Zudem bedarf es einer Verbesserung des gemeinsamen Krisenmanagements von Bund und Ländern bei länderübergreifenden Gefahren- oder Schadenslagen. Dazu müssen Maßnahmen zur Digitalisierung des gemeinsamen Krisenmanagements intensiviert und der Aufbau nationaler Reserven forciert werden.

Die Landesregierung wird zu dem gebeten, sich gemeinsam mit den Ländern beim Bund für eine Präventionskampagne zur Stärkung des Gefahrenbewusstseins und zur Steigerung der Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung einzusetzen.

Wiebke Zweig  
und Fraktion

Dirk Kock-Rohwer  
und Fraktion